

FÜR EIN FRIEDLICHES UND WELTOFFENES VOGTLAND! - Plauener Panzer brachten Tod, Zerstörung und Leid!

Am 13. April 2013 wollen zum dritten Mal in Folge, Neonazis einen sogenannten „Trauermarsch“ in Plauen durchführen.

Neben Dresden und Chemnitz soll mit Plauen einen weiterer „Großaufmarsch“ in Sachsen etablieren werden. Die Nazis haben festgestellt, dass es einfacher ist, Demonstrationen in kleineren Städten durchzuführen, da hier mit weniger Gegenwehr gerechnet werden kann.

Doch genau wie in den Großstädten wollen die Neonazis Plauen als Opfer „alliierten Terrors“ darstellen. In Wirklichkeit jedoch war die Stadt eines der Zentren der Nazi-Rüstungsindustrie und vor allem die in Plauen produzierten Panzer waren es, die den Menschen im Zweiten Weltkrieg Tod, Zerstörung und Leid brachten.



Wieder sollen die geistigen Erben der Verbrecher, welche so viel Leid brachten, durch die Stadt ziehen?

Nicht mit uns!

Sie haben nichts aus der Geschichte gelernt und wir werden dies nicht vergessen. Deshalb träumen wir von einer friedlichen Welt ohne Rüstungsindustrie, Naziterror, Krieg und Fremdenhass.

Wir, die Linksjugend['solid] Vogtland, wollen gemeinsam mit anderen antifaschistischen Kräften sowie Bürgerinnen und Bürgern, an diesem Samstag (13.04.13) zeigen, dass hier und nirgendwo Platz für deren menschenverachtendes Denken ist. Wir haben deshalb eine Demonstration angemeldet, die vom Oberen Bahnhof bis zum Postplatz geht. Wir unterstützen natürlich auch an diesem Tag alle friedlichen Blockaden.

Wir werden den Nazis nicht die Stadt für ihre Propaganda und Geschichtsrevisionismus überlassen.

Um erfolgreich zu sein, brauchen wir aber so viele Menschen wie möglich!

Deshalb rufen wir auf zur Demonstration: Für ein friedliches und weltoffenes Vogtland! - Plauener Panzer brachten Tod, Zerstörung und Leid! - .

Linksjugend['solid] Vogtland

aus dem Inhalt:	Jugendliche und Hartz IV.....	Seite 2
	Denkanstöße und Gedenken.....	Seite 3
	Abwasser und das Vogtland.....	Seite 4
	Schützt die Denunzianten!.....	Seite 5

2.647 JUGENDLICHE SIND IM VOGTLANDKREIS AUF HARTZ IV ANGEWIESEN

Im Oktober 2012 waren im Vogtlandkreis 1.837 Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren auf Hartz IV angewiesen. Damit sind 9,6 Prozent aller im Landkreis lebenden Jugendlichen direkt von Armut betroffen. Zum Vergleich: Bundesweit waren 8,3 Prozent aller jungen Menschen unter 25 Jahren Hartz IV-Empfänger. Das Verarmungsrisiko von Jugendlichen ist im Vogtlandkreis höher als im bundesdeutschen Durchschnitt.

Diese jungen Menschen erfahren die gesellschaftliche Benachteiligung und Spaltung bereits in jungen Jahren. Besonders gravierend ist die Armutserfahrung, wenn sich der Hilfebezug bereits in jungen Jahren verfestigt. Nach einer aktuellen Statistik der Bundesagentur für Arbeit sind 55,1 Prozent der hilfebedürftigen Jugendlichen in Sachsen Langzeitbezieher. Das heißt, sie bezogen in den letzten 24 Monaten mindestens 21 Monate die staatlichen Fürsorgeleistungen.

Neben materieller Entbehrung erleben diese Jugendlichen Arbeitslosigkeit und niedriges Erwerbseinkommen im Familienkontext, schlechtere Wohnverhältnisse sowie schlechtere Chan-

cen im Ausbildungssystem und in der Arbeitswelt. Hinzu kommt, dass sich Einkommensarmut auch verstärkt negativ auf die Gesundheit auswirken kann.

Nur 418 der im Vogtlandkreis auf Hartz IV angewiesenen Jugendlichen sind arbeitslos gemeldet. Weitere 257 nahmen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teil. Die weit überwiegende Mehrzahl der hilfebedürftigen Jugendlichen besucht noch die Schule, war in Ausbildung, erwerbstätig oder betreute ihre Kinder unter drei Jahren.

Besonders auffallend ist, dass meist nicht die eigene Arbeitslosigkeit zur Bedürftigkeit führt, sondern die Gründe vielmehr in den begleitenden Lebensumständen liegen. Die Mehrzahl der als nicht arbeitslos registrierten jungen Menschen dürfte noch zur Schule gehen: entweder an allgemeinbildende Schulen oder an berufsbildende Schulen. Da sie oft noch bei ihren Eltern leben, ist davon auszugehen, dass entweder mindestens ein Elternteil arbeitslos ist, oder es kann trotz Erwerbstätigkeit das gesellschaftliche Existenzminimum der Haushaltsgemeinschaft nicht gesichert werden.

Die Armut von Jugendlichen ist weitgehend auf Arbeitslosigkeit oder nicht existenzsichernde Löhne der Eltern zurückzuführen. Den anderen Jugendlichen fehlt es selbst an einem existenzsichernden Arbeitsverhältnis.

Um diesen Jugendlichen einen dauerhaften Ausstieg aus den prekären Lebensverhältnissen zu ermöglichen, hilft ein schlichtes Parken in beruflichen Warteschleifen oder die Zuweisung in Ein-Euro-Jobs nicht. Um die Spirale von Armut und Perspektivlosigkeit für viele Jugendliche zu durchbrechen, müssen vielmehr zusätzliche Initiativen zur Aus- und Weiterbildung jugendlicher Hartz IV-Empfänger ergriffen werden. Darüber hinaus braucht es existenzsichernde Löhne und präventive arbeitsmarkt-, bildungs- und sozialpolitische Maßnahmen, die die unterschiedlichen Lebensumstände der jungen Menschen berücksichtigen. Individuelle und kreative Ansatzpunkte sind gefragt, die die gesamten Lebensumstände einschließen.

MdB Sabine Zimmermann - Königswalde

MEIN LIEBER HERR GESANGSVEREIN

Das war die Aussage eines Genossen beim Anblick der Menschen, welche sich im Ratskeller Falkenstein eingefunden haben. Es ist Freitag der 08. März um 14.00 Uhr. Das Thema der Veranstaltung von der Ortsgruppe Falkenstein und dem Ortsverbandes Göltzschtal war mir bekannt. Frauentag! Mir war klar, dass dieser Tag in der Vergangenheit gesellschaftlich bedeutend war. Aber heutzutage?

Ich war überrascht, als ich die vielen Frauen sah, welche der Einladung zur Frauentagsfeier gefolgt waren. Jüngere Frauen sah man trotzdem nur vereinzelt. Heute hat der „Internationale Weltfrauentag“ seine in früheren Zeiten hohe Bedeutung verloren. Trotzdem oder gerade deswegen ist es wichtig, dass es eine Partei gibt, welche den Frauen auch in heutiger Zeit eine Würdigung entgegen bringt. Dies

wurde auch in der Eröffnungsrede von unserer Direktkandidatin für die Bundestagswahl, Janina, Pfau deutlich.

Im Anschluss verteilten die LINKEN-Stadträte Rolf Steiniger und Lutz Mothes sowie Günter Lorenz rote Nelken an die weiblichen Anwesenden. Den musikalischen Höhepunkt der Veranstaltung lieferte der örtliche Kindergarten „Knirpsenland“ mit einem Frühlingsprogramm. Die Modenschau von ansässigen Boutiquen Falkensteins war der gelungene Abschluss zu einem schönen Nachmittag zu Ehren des „starken“ Geschlechts - den Frauen. Eine weitere Veranstaltung zum internationalen Frauentag fand in Plauen in der „Alten Feuerwache“ statt, und in Mylau wurden Frauen mit Nelken beschenkt.

André Hegel - Falkenstein



VVN-GESCHICHTSFORUM GIBT DENKANSTÖßE

Ein Geschichtsforum unter dem Titel: „Totenschein für eine Republik - Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933“ hatte knapp 40 Interessierte in die Neuberingastätte in Reichenbach gelockt. Eingeladen hatten der Geschichtsverein „Freundeskreis Max Hoelz“ und der Kreisverband Vogtland der VVN-BdA.

Der Historiker und Faschismusforscher Prof. Kurt Pätzold aus Berlin spannte in seinen Darlegungen den Bogen vom historischen Ereignis bis ins Heute. Seine Ausgangsfragen waren:

Warum ist der 80. Jahrestag dieses Ermächtigungsgesetzes gerade jetzt im Visier der verschiedensten Medien? Es mehren sich Erscheinungen im Alltag der BRD, die an die Vorgeschichte der Hitlerdiktatur erinnern. Verbreitet ist auch die Auffassung wie: Wenn alles so gut funktioniert wie in der gegenwärtigen BRD, da gibt es keinen Grund, „die Pferde zu wechseln“.

Welche Rolle spielten die Volksmassen damals? Warum läßt man Neonazis heute gewähren?

Mit der Machtübergabe an Hitler durch Hindenburg wurde am 30. Januar 1933 der Tod der Weimarer Republik besiegelt. Dass diese Republik eine Frucht der Novemberrevolution war, wird von den jetzigen Geschichtsschreibern ausgeblendet. Den Schwerpunkt von gesellschaftlichen Änderungen legen diese auf die Parlamentsarbeit.

GEDENKEN BOMBARDIERUNG

Liebe Lilo, heute will ich Dir wieder mal schreiben, weil Du schlecht zu Fuß bist. Bisher haben wir uns als Linke von der Totenehrung zum 21. März 1945 ferngehalten. Zur letzten Mitgliederversammlung hatte einer die Idee: Wir gehen hin und tun unsere linke Gesinnung kund.

Am 21. März waren gegen 17 Uhr zehn Genossen im Park des Friedens am Ehrenmal der Stadt Reichenbach. Wir trugen Plakate und Umhänge mit verschiedenen Aufschriften: „Nie wieder Krieg und Faschismus!“, „Keine deutschen Waffenexporte“, „Drohnen sind Teufelszeug“, „Schwerter zu Pflugscharen“, „Beteten allein hilft nix“. Wir

Mit dem Reichstagsbrand bestätigte sich die Richtung über die weitere Entwicklung Deutschlands. Der weiteren Entwicklung stellten sich keine organisierten Kräfte, etwa mit einem Generalstreik, entgegen. Es gab auch zu wenige Verteidiger der Republik insbesondere unter den Arbeitern und Kommunisten. Das historische Maß der Kommunisten über Wert und Unwert der Republik war ins Ungleichgewicht geraten, so Prof. Pätzold. Das zeige die damalige Losung: „Die Republik ist nicht viel, Sozialismus ist unser Ziel“. Man solle abwägen, was man habe und wo die Grenzen der eigenen Kraft liegen, so der Redner.

Als neue gesellschaftliche Kraft übte die NSDAP einen Sog auf die Volksmassen aus und erfuhr viel Zulauf. Als Beispiele dienen ihm der Tag von Potsdam und der massenhafte Eintritt in die NSDAP.

Ausgestellt wurde der Totenschein für die Republik am 23. März 1933, an dem der neu gewählte Reichstag dieses Ermächtigungsgesetz abnickte, das damit einen legalen Mantel umgehängt bekam. In den Tagen zuvor hatte eine beispiellose Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten stattgefunden, war allen kommunistischen Abgeordneten das Mandat aberkannt worden. Im Mai folgte die außenpolitische Erklärung Hitlers vor dem Reichstag, ohne dass es eine Möglichkeit zur Erwidern gab.

erregten schon Aufsehen, wurden viel fotografiert.

Der stellvertretende Bürgermeister Werner Albert sprach zur Eröffnung: Fliegerangriff am 21.3.1945, 161 Opfer, 73 zerstörte und 675 beschädigte Gebäude. Warum, erwähnte er nicht. Musikschüler umrahmten die Feier. Dann ergriff Pastor Meischner das Wort. Frieden und auskömmliches Dasein seien auf der Welt kein Automatismus. Jeder Mensch wolle prinzipiell nur Gutes, dazu müsse auch jeder Gutes tun. Auch kleine Schritte, hier vor der Haustür seien wichtig.

Beide Redner hatten keine Ursachen der Kriege genannt. Erst unser Stadtrat Henry Ruß sagte, dass Krieg und

Drei Zeitzeuginnen berichteten darüber, wie sie diese Zeit - zumeist noch als Kind - erlebt hatten und untermauerten die Ausführungen von Prof. Pätzold. Im weiteren widmete sich der Historiker verschiedenen sprachlichen Erscheinungen und wie diese heute als Waffe gegen linke Politik benutzt werden.

Die Verwendung des Begriffes „Nationalsozialismus“ verleite zur Verharmlosung des Faschismus und projiziere gedanklich Nähe zum Sozialismus. Damit beabsichtige die Bundesregierung, rechte Tendenzen zu tolerieren und gleichzeitig linke Bewegungen zu bekämpfen, so der Redner. Die rechts-extreme Entwicklung habe sich mit der Einheit Deutschlands verstärkt. Er sehe eine Ursache darin, dass man sich in den alten Bundesländern zu wenig damit auseinandergesetzt habe. Die Bundesregierung tue insgesamt zu wenig, um Rechtsentwicklungen einzudämmen. Sie überlasse dies im Detail den Länderregierungen und hoffe auch insgeheim, dass sich die Linken an den Rechten „abarbeiten“. Deshalb sei es für die Linken wichtig, neben der direkten Auseinandersetzung mit Rechts auch die Verantwortungsträger des Staates öffentlich zu zwingen, Entscheidungen nachvollziehbar zu begründen.

Darüber lohnt es nachzudenken.

Ina Becher - Reichenbach

Nationalsozialismus doch zusammenhängen. Er vermisse die Ursachennennung für diesen Krieg. Eben auch, weil man heute Zivilcourage gegen junge und alte Nazis einfordere und über NSU und NPD diskutiere.

In der FP erschien ein Artikel, wenn auch das Foto nicht so aussagekräftig war: Hier waren die stellvertretenden Bürgermeister Albert und Suhr mit dem abgelegten Kranz abgelichtet. Im Hintergrund schwach die Protestler erahnbar. Wir haben erreicht, was wir wollten - bei den anderen Teilnehmern und bei den Lesern der Freien Presse.

Heidi Stepanek - Reichenbach

POLITIKVERDROSENHEIT? NICHT, WENN ES AN MEIN GELD GEHT!

Das Vorgehen des ZWAV empört die Vogtländer!

Das muss man erlebt haben! Die 74-jährige Rentnerin, Frau Kiener, auf dem Tisch stehend, empört sich vor über dreihundert Menschen aus dem ganzen Vogtland über die Aussagen und Handlungen des ZWAV! Der Raum in Wetzelsgrün konnte nicht alle gekommenen Empörten aufnehmen.

Warum diese Aufregung? Unsere Landtagsabgeordnete Andrea Roth versuchte die „Rechtslage“ zu erläutern. Sie dokumentierte die Richtlinie und die Umsetzungshinweise der Staatsregierung für die Abwasserentsorgung. Nach der Richtlinie sind mit den Bürgern rechtzeitig die für die Bürger kostengünstigsten Lösungen zu schaffen. Diese Aufgabe ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Weil die Kommunen diese dem ZWAV übertragen haben, muss also der ZWAV als öffentlicher Träger auch die Lösungen realisieren! Unser ZWAV macht das Gegenteil. Er schreibt die Grundstückseigentümer an und verlangt, dass sie selbst für sich eine Lösung in der Vollbiologie finden und das je nach Ort bis 2013, 2014 oder 2015 auch realisieren. Ansonsten droht Zwangsgeld! Nach Beiträgen weiterer Redner erschallten schon Rufe, wie: „Der Landrat muss weg!“, „Die Regierung muss weg!“, „Die Quitting erhalten sie bei den nächsten Wahlen!“ Deutlich wurde das Kernproblem von vielen Rednern angesprochen: Dieses System von Lobbyisten will einfach keine Bürgerbeteiligung. Die Bürgerrechte werden immer wieder missachtet. So kam die Forderung nach einem Bürgerbegehren und selbst nach einer Volksabstimmung auf. Immerhin wurden in Klingenthal schon über 1.100 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt. Am 09. März wurde neben der Gründung einer Bürgerinitiative auch die Einberufung eines runden Tisches für Abwasserfragen beschlossen. Nicht alle Fragen konnten beraten werden. Dafür wurde

ZWAV MUSS PFLICHTEN WAHRNEHMEN!

Auszüge aus dem Redebeitrag von Mdl Andrea Roth auf der Gründungsveranstaltung der BI Abwasser Vogtland am 16. März 2013

Red.

Bei der Gründung der Zweckverbände wurde der Solidargedanke immer wieder hervorgehoben: Die städtische Bevölkerung und die der ländlichen Regionen bezahlen dieselben Gebühren und Beiträge, obwohl die Kosten für die Abwasserbeseitigung auf dem Lande ... viel höher sind. Ich frage: Wo ist die Solidarität heute mit den etwa 12.000 Bürgern, die im Vogtland nicht an das zentrale Netz angeschlossen sind?

Die kommunalen Aufgabenträger erhielten die gesetzliche Verpflichtung, ein Abwasserbeseitigungskonzept zu erstellen, in dem grundstücks- und termingenau die Abwasserbeseitigung zu planen ist. Wirtschaftlichkeitsvergleiche müssen den Entscheidungen zu Grunde liegen. Die Bürger sollen mit Beginn der Planungen einbezogen werden, um für sie und mit ihnen die beste, sprich kostengünstigste Lösung zu finden. ... 2008 erhielten auch der ZWAV und die Kommunen vom damaligen Umweltminister Prof. Wöller ein Schreiben, in dem er anmahnte, dass das Abwälzen der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Bürger nicht mit geltender Rechtslage vereinbar ist.

aber für den 16. März eine weitere öffentliche Veranstaltung einberufen. Dort sollten weitere für diesen unbefriedigenden Zustand Verantwortliche benannt werden. Er hat eine Versammlung, in der die Festlegungen beschlossen werden! In diesen Gremien sind alle Bürgermeister. In welchem Gemeinde- oder Stadtrat wurden denn die Abwasserbeseitigungskonzepte ausführlich mit der Bevölkerung beraten? Wo gab es Einwohner- versammlungen, wie es die Sächsische Gemeindeordnung verlangt? So hat nicht nur der Geschäftsführer des ZWAV Schuld durch die SWAP-Geschäfte auf sich geladen. Auch die Bürgermeister hätten sagen können und müssen: Nein, wenn ich das nicht durchschaue, kann ich nicht zustimmen!

Peter Jattke - Treuen

Der ZWAV aber wies alle nicht an die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossen Gebiete mit einem Federstrich als dezentral aus. Und er setzte dezentral gleich mit nicht öffentlich. Nicht öffentlich bedeutet für den ZWAV, dass auf jedem Grundstück eine private vollbiologische KKA oder eine abflusslose Grube zu errichten ist. ...

Das Vogtland ist keine autonome Republik! Wir fordern, dass der ZWAV sich gesetzestreu verhält, die Erlasse und Verordnungen der Staatsregierung umsetzt und sofort mit den Planungen und dem Bau dezentraler öffentlicher Abwasserentsorgung beginnt. Vom Landratsamt ... verlangen wir, dass es endlich seine Aufsichtspflicht gegenüber dem ZWAV wahrnimmt und die Einhaltung der gesetzlichen Abwasserbeseitigungspflicht ... durch den ZWAV durchsetzt.

Der ZWAV stiehlt sich aus der Verantwortung und lässt die Bürger allein. Das Landratsamt unterstützt ihn dabei tatkräftig, indem es die Fristen für den Bau der Vollbiologie in einigen Gebieten auf 2013 und 2014 verkürzt und das in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem ZWAV besiegelt. Die Staatsregierung toleriert den Boykott der eigenen Vorschriften und droht nun mit dem Verlust der wasserrechtlichen Erlaubnis.

Wir müssen den ZWAV zwingen, seine Pflichten der Abwasserentsorgung zu erfüllen. Planung und Bau von Gruppenkläranlagen bis 50 Einwohner in Regie des Zweckverbandes gehören dazu.

Das Landratsamt und dessen Chef müssen endlich die Aufsicht über den ZWAV wahrnehmen und das „nicht mit geltender Rechtslage“ vereinbare Tun des ZWAV beenden.

Der Gesetzgeber - das sind die Landtagsabgeordneten - muss Druck bekommen, damit die Frist im § 10 der Wassergesetznovelle mindestens auf 2021 verlängert wird.

SCHÜTZT DIE DENUNZIAN TEN!

So die Anweisung der Bundesregierung, wenn es Hartz IV-Bezieher betrifft!

Katja Kipping hat im Januar 2013 die Bundesregierung schriftlich befragt, welche Anweisungen sie den Jobcentern hinsichtlich anonymer Anzeigen gegen Hartz IV-Bezieher erteilt hat. Am 22. Januar erhielt Katja folgende Antwort:

„Der Informant hat Anspruch auf Geheimhaltung seiner personenbezogenen Daten. Die Rechtsprechung lässt diesen Schutz nur im Falle wissentlich falscher Verdächtigung entfallen. Daher sollten im Regelfall entsprechende (anonyme) Anzeigen in einem verschlossenen Umschlag in der Leistungsakte aufbewahrt werden. Bei der Gewährung von Akteneinsicht ist dieser zuvor herauszunehmen; anders ist der Sachverhalt zu beurteilen, wenn der Betroffene Ansprüche gegen einen Denunzianten geltend machen will (z.B. Strafantrag wegen übler Nachrede).“

Auf Anregung der letzten Bürgerversammlung des Sozialforums Göltzschtal habe ich dem Landrat in der letzten Kreistagsitzung am 28. Februar offiziell unter dem Tagesordnungspunkt

„Anfragen“ folgende Fragen gestellt und ihn gebeten, diese an die Vorsitzende der Trägerversammlung des Jobcenters, Frau Ring, seine zweite Stellvertreterin, weiterzuleiten:

Hat das Jobcenter Vogtland entsprechende Anweisungen von der Bundesagentur für Arbeit erhalten?

Wenn das der Fall ist: Wie wird begründet, dass eine anonyme Anzeige in die Akte des Leistungsbeziehenden aufgenommen wird, ohne dass der Betreffende über die Anzeige informiert wird, so dass er sich nicht rechtlich gegen die Anzeige zur Wehr setzen kann?

Wie wird begründet, dass nicht einmal der Rechtsvertreter des Leistungsbeziehenden die Möglichkeit erhält, von der anonymen Anzeige zu erfahren, da die anonyme Anzeige vor der Akteneinsicht aus der Akte entfernt werden kann?

Wie soll die Ausnahmeregelung - der beschuldigte Leistungsbezieher macht

Ansprüche gegenüber dem Denunzianten geltend, indem er z.B. einen Strafantrag wegen Verleumdung stellt - funktionieren, wenn ihm die Kenntnis über die anonyme Anzeige nicht zugänglich gemacht wird?

Gibt es im Jobcenter Vogtland Beispiele für eine solche Praxis?

Die Reaktion des Jobcenters erfolgte prompt: Die Geschäftsführerin erbat das Schreiben der Bundesregierung an Katja Kipping, das ich natürlich sofort an das Jobcenter gemailt habe. Am 21. März kam die Antwort des Landrates: „Im Jobcenter Vogtland gehen in einem nicht unerheblichen Umfang regelmäßig anonyme Anzeigen ein, in denen die geschilderte Verfahrensweise zur Anwendung kommt.“ Über die „Verfahrensweise“ mehr im nächsten Vogtlandboten.

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach

DIE SÄCHSISCHE EHRENAMTSKARTE WIRD EINGEFÜHRT

Dies beschloss nach langer Diskussion auf Antrag der Fraktion DIE LINKE der Sozialausschuss der Stadt Plauen am 14. März mit 8 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung. Somit beteiligt sich die Stadt Plauen an der Vergabe der Ehrenamtskarte und wird beauftragt, attraktive Kooperationspartner zu finden, die in der Stadt Vergünstigungen für die Karteninhaber anbietet.

Die sächsische Landesregierung hat mit der Verlängerung der Ehrenamtskarte von Januar 2013 bis Dezember 2015 ein Zeichen für die Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit gesetzt. Nun geht es darum, dass außer Auerbach, Muldenhammer und Bad Elster auch andere Kommunen sich daran beteiligen. Deshalb warb ich im Sozialausschuss des Vogtlandkreises im März für die Beteiligung weiterer vogtländischer Kommunen und Gemeinden. Landrat Dr. Lenk versprach auch in der Bürgermeisterberatung dazu zu sprechen!

Mittlerweile beteiligen sich etwa 80 Kooperationspartner. Diese werden durch das Internet sowie durch Aufkleber am Eingangsbereich bekannt gemacht. Mit dieser Karte können ehrenamtlich Tätige künftig vergünstigte oder kostenlose Freizeitangebote in ganz Sachsen in Anspruch nehmen. Bürgermeister Uwe Täschner wollte nach unserem Vorschlag anregen, auch im privatwirtschaftlichen Bereich Kooperationspartner zu finden. Er versprach, auf der Internetseite der Stadt Plauen um Partner zu werben.

Die Voraussetzungen für den Erhalt

der Ehrenamtskarte sind durch das Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz festgelegt. Um einen Antrag zu stellen, muss man mindestens 18 Jahre alt sein und sich seit drei Jahren wenigstens fünf Stunden pro Woche ehrenamtlich engagieren. Die Vereinsvorsitzende Manuela Buchta vom Verein Wohn- und Lebensräume e.V. freute sich ganz besonders über unseren Erfolg. Sie werden eine der ersten Vereine mit sein, die für ihre ehrenamtlich Aktiven und es sind einige, die diese Bedingungen erfüllen, die Karte beantragen.

Ich persönlich wünsche mir, dass viele Verbände und Träger der freien Wohlfahrtspflege für ihre ehrenamtlich Aktiven diese Ehrenamtskarte beantragen, erhalten und nutzen können für die Bereicherung der Freizeit und Erholung.

Uta Seidel - Plauen, Stadt- und Kreisrätin



© SM f. Soziales u. Verbraucherschutz

SPD: LINKS BLINKEN, RECHTS ABBIEGEN

Immer wieder wird DIE LINKE mit der Frage nach einer Koalition oder Zusammenarbeit mit SPD und Grünen oder nach der Wahl eines Kanzlers Steinbrück konfrontiert. Dies ist intellektuell fast so gehaltvoll wie die Frage nach einer Koalitionsmöglichkeit mit der CDU. Auch diese versucht mit der „Lohnuntergrenze“ scheinbar Programmatik der Linken aufzugreifen. Eine Zusammenarbeit mit der SPD ist fiktiv, allein schon weil sie jegliche Debatte über diese Perspektive und mögliche Inhalte verweigert. Die Agenda-Politiker in der SPD wissen, dass ein Bündnis mit der Linken ohne einen wirklichen Politikwechsel nicht möglich wäre. Deshalb bunkert sich die SPD unbenommen von Umfragerwerten in ihrem Wunschdenken von einem rot-grünen Projekt ein. Und hinter den Kulissen bereitet sie sich auf eine Große Koalition vor, denn arithmetisch ist kaum absehbar, dass das Wahlergebnis Rot/Grün eine Mehrheit beschert. Diese Perspektive ist der SPD attraktiver als die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der LINKEN.

Die SPD verweigert sich prinzipiell einer Perspektive mit uns, weil sie weiß, dass ihr Gerede von einer Rückwendung zu sozialer Gerechtigkeit auf den Prüfstand kommen würde. Bei einer Kooperationsperspektive mit der LINKEN wäre klar, dass links blinken nicht reicht - sondern dass auch wirklich nach links abgebogen werden müsste. In der Konsequenz heißt dies, dass der SPD „Beinfreiheit“ beim Abbiegen nach rechts wichtiger ist, als die Politik in diesem Land für mehr soziale Gerechtigkeit zu verschieben - unbenommen aller programmatischen Ankündigungen. Frei nach Müntefering, der 2006 den Wahlbetrug mit der Anhebung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent wie folgt kommentierte: „Ich bleibe dabei: Dass wir oft an Wahlkampfaußagen gemessen werden, ist nicht gerecht.“ Denn, so seine Meinung, Regieren ist etwas anderes als Wahlkampf.

Bezeichnenderweise kritisiert Daniel Brössler in der Süddeutschen Zeitung die SPD für ihre „unsouveräne Haltung gegenüber der Linken.“ Er schlägt der SPD vor, der LINKEN ihrerseits konkrete Bedingungen für eine Koopera-

tion zu benennen. Seiner Meinung nach müssten dies die Zustimmung zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr und das Festhalten an der Agenda 2010 sein. Die SPD wird diesen Vorschlag der Süddeutschen jedoch nicht aufgreifen weil sie Farbe bekennen müsste, was die Menschen von einer Regierungspartei SPD zu erwarten hätten. Dies wäre eine Klarstellung, die gerade in Hinblick auf die Agenda-Politik ihrem momentan inszenierten sozialen Imagewandel zuwiderlaufen würde.

Schließlich versucht die SPD gerade mit vereinten Kräften, durch angebliche „Nachjustierungen“ an der Agenda 2010 den Eindruck einer Linkswende zu erwecken. So soll vernebelt werden, dass sie es selbst war, die gemeinsam mit den Grünen die Agenda 2010 und damit das größte Sozialbauprogramm der Nachkriegszeit durchgesetzt hat.

Was die SPD aktuell macht, ist nichts anderes als ein Linksblinken. Nach der Wahl droht wieder das Rechtsabbiegen - egal ob mit den Grünen oder aber an der Seite der CDU. Das soll aber möglichst vor dem 22. September niemand merken. Diesen drohenden Wahlbetrug verhindern oder zumindest abmildern kann nur ein starke Linke im nächsten Parlament.

MdB Michael Schlecht - Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN

8. MAI – TAG DER BEFREIUNG

Am 8. Mai 1945 unterschrieben die letzten Vertreter Hitlerdeutschlands vor den Siegerstaaten die Kapitulationsurkunde. Das war die Urkunde über die Befreiung des deutschen Volkes von der Barbarei, von Krieg, Verfolgung, Unterdrückung und Angst.

Seit vielen Jahren begeht die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) diesen denkwürdigen Tag mit Gedenk- und Erinnerungsveranstaltungen. Wir laden alle Vogtländer für den 8. Mai 2013 zu zwei Veranstaltungen ein:

um 10.00 Uhr in Plauen auf dem Hauptfriedhof am Denkmal für die Befreiung - es spricht Wolfgang Hinz, Mitglied des Stadtrates zu Plauen
um 10.00 Uhr an der Gedenkstätte in Reichenbach, Bürgerholz (verlängerte Waldstraße) - es spricht Alexander Nadeshnik, Vertreter des Konsuls der russischen Föderation in Deutschland.

VVN-BdA Vogtland

AUS DEM KREISVORSTAND DER LINKEN VOGTLAND

Der Kreisvorstand beschäftigte sich in seiner März-Sitzung mit dem Thema Antifa. Dazu waren alle Genossen eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Der Kreisvorstand verständigte sich, weiterhin am Runden Tisch mitzuarbeiten. Als Vertreterin wurde Agnes Descher bestimmt. Das Antifa-Bündnis mit Greiz arbeitet seit einiger Zeit nicht mehr. Der Kreisvorstand wird sich an die Genossen in Greiz wenden und gemeinsam soll versucht werden, das Bündnis wieder zu beleben.

Zusätzlich sprachen sich die Teilnehmer dafür aus, auf Kreisverbandsebene - soweit Interesse besteht - eine Arbeitsgemeinschaft Antifa einzurichten, um alle Aktivitäten zu koordinieren und schnell einsatzbereit zu sein. Peter Giersich informierte über die aktuelle Situation der VVN-BdA im Vogtland. Um Mitglieder zu werben, wird der Kreisvorstand gemeinsam mit dem VVN-BdA eine Diskussionsveranstaltung organisieren.

Am 13. April wollen die Nazis wieder durch Plauen marschieren. Mehrere Gegendemonstrationen sind geplant. Der Kreisvorstand unterstützt die Demonstration der Linksjugend die auf der Hohen Straße (Oberer Bahnhof) in Plauen beginnen wird. Alle, die nicht mehr ganz so gut zu Fuß sind, können sich an der Kundgebung der VVN-BdA an der Pausaer Straße beteiligen.

Die nächste Sitzung des Kreisvorstandes findet am 3. April 2013, 18.00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle statt.

Janina Pfau - Kreisvorsitzende

LESERBRIEF

zum Artikel „Nazis demonstrieren - die Stadt hilft mit“ Vogtlandbote 02/2013

Leider kann ich erst heute meine Meinung zu diesem Machwerk darlegen. Die Autoren geben sich, wie Hans Dampf, nicht zu erkennen. Sicherlich haben sie allen Grund dazu. Bleibt die Frage ob das in unsere Zeitung gehört und wie der Kreisvorstand darauf reagiert?

Selten habe ich einen Artikel gelesen, der von soviel Unwissenheit, Falschsagen, politischer Blind- und Dummheit sowie Selbstüberschätzung geprägt ist. Die Autoren sollte sich damit beschäftigen, wer die Genehmigungsbehörde im Vogtlandkreis ist und wer am Runden Tisch teilnimmt. Dann würden sie merken: Der Runde Tisch für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage ist keine Einrichtung der Stadt Plauen. Sein Wirken ist auf das gesamte Vogtland und darüber hinaus ausgerichtet. Eine Abgrenzung von linken Gruppen gibt es nicht. Wenn, dann grenzen diese sich selbst aus. Die Partei DIE LINKE ist ebenso vertreten, wie

das „Aktionsbündnis Vogtland Nazifrei“.

Dass die Stadt Plauen am Runden Tisch teilnimmt hat seine Ursache in der Rolle dieser Stadt für den gesamten Kreis und in der Tatsache, dass rechte Kräfte ihre Aktionen in dieser Stadt konzentrieren. Ich möchte den unbekanntem Schlaubergern ins Gedächtnis rufen, dass es die Verantwortlichen der Stadt Plauen waren, die den NPD-Parteitag in der Festhalle verhindert haben.

Keiner stellt linke Aktivisten auf eine Stufe mit rassistischen Schlägern. Aber Proteste mit einer Flasche Bier in der Hand und vordergründig gegen Polizisten gerichtet, was ich oft genug erlebt habe, sind nicht mein Ding. Ich bin nicht gegen Blockaden. Daran habe ich selbst teilgenommen. Aber ich akzeptiere, dass Menschen dazu eine andere Meinung haben. Sind die Aufmärsche vorbei, ist das rechte Gedankengut noch lange nicht verschwunden.

Dieses zu bekämpfen braucht es anderer Methoden. Vor allem einen breiten Konsens über Parteigrenzen und Geisteshaltungen hinaus. Dazu wurde mit der Arbeit des Runden Tisches ein wichtiger Schritt getan. Andere Kreise beneiden uns darum und wollen Ähnliches ins Leben rufen. Persönlich möchte ich Superintendent M. Bartsch für seine Initiative den Runden Tisch ins Leben zu rufen danken. Sicherlich hat er nicht geahnt, wie positiv sich die Dinge entwickeln werden und welche Arbeit für ihn persönlich damit verbunden sein wird.

Wer zum Boykott des Runden Tisches aufruft, den halte ich für dumm und boniert, was in dieser Kombination gefährlich ist und nur rechten Kräften hilft. Auf weitere anonyme Artikel diesbezüglich werde ich nicht antworten.

Ulrich Wenzel / Anke Lippold -
Tirpersdorf



„COOL, COOLER, RÖBLER ODER: „WIE DER HERRE, SO...!“

„Deutschland ist das coolste Land der Welt“, so hatte er klargestellt, das wiedergewählte „Oberroß“ der FDP südostasiatischer Herkunft zum ausgerechnet Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Eben jenen, den er doch selbst „geschönt und weichgespült“ - im Klartext: gefälscht - hatte. Als „Possenspiel“ und Armutszeugnis für schwarz/ gelb hatten sich nicht nur Sozialverbände und Medien empört dazu geäußert. Zynisch die wachsende Armut der vielen und steigenden Reichtum der wenigen ignoriert.

„Besser arm dran als Bein ab“, wie eine Pressekarikatur wohl zu verstehen war. Aber, wo soll es denn auch herkommen?

„Wie der Herre so das Gescherre“! Erhält der „Vize“ doch die Rückendeckung seiner Kanzlerin, damit die

Koalition noch hält - zumindest bis zur nächsten Wahl. Hatte sie doch auch unlängst herausgefunden, Deutschland ginge es nie so gut wie heute. Wer aber ist Deutschland? „Ich will die Kanzlerin aller Deutschen sein“, hatte sie bei ihrem erneuten Regierungsantritt geschworen - „so war ihr Gott helfe“. Da aber war dieser wohl gerade auf „Dienstreise“ bei seinem irdischen Stellvertreter im Vatikan. Hatte sie doch „vergessen“ zu sagen „...aller deutschen Banken und Konzerne“ - und prompt dem Bankchef Ackermann seine Geburtstagsfeier auf Kosten der Steuerzahler im Kanzleramt ausgerichtet. Ist nicht wie bei armen Leuten - man hat ´s ja schließlich - und eine Hand wäscht bekanntlich die andere.

Übertroffen allerdings seinerzeit noch durch ihren Vize, den „Vorzeige-Sozi“

Müntefering. Ihren „Wasserträger“ und Minister für die soziale „Drecksarbeit“. Der mit dem roten Schal und der Klarstellung „Opposition ist Mist“. Der es als ungerecht empfand, ihn an seinen Wahlversprechen zu messen. Hatte er doch damals noch angesichts von über 5 Mio. Arbeitslosen gefordert: „Wer nicht arbeitet, der braucht auch nicht zu essen!“ So der Vorzeige-Sozi, der SPD-Vorsitzende aus dem Sauerland.

Recht hat er! Streichen wir den faulen Säcken einfach das Geld für ´s Essen. Dann wäre das Thema doch auf einfachste Weise quasi „vom Tisch“ oder?

Deutschland ist cool! Oder, wie damals eine bürgerliche Tageszeitung prognostizierte: Mit Merkel wird es kalt in Deutschland. Das trifft ´s dann wohl genauer.

Jürgen Böhm - Schöneck

AUSSTELLUNG - ERICH SCHMALFUß

Arbeiterzeuge im Reichstagsbrand-Prozeß, Ehrenbürger der Stadt Falkenstein / V.

Der Geschichtsverein „Freundeskreis Max Hoelz e.V.“ zeigt vom **30. März bis 28. April 2013** mit freundlicher Unterstützung des Heimat- und Museumsvereins Falkenstein eine Kabinettausstellung über den mutigen Antifaschisten und Ehrenbürger Falkensteins, Erich Schmalfuß, im Heimatmuseum Falkenstein. Zu sehen sind Original-Dokumente und Gegenstände, welche die Zeit vor und während der Machtübergabe an den deutschen Faschismus illustrieren.

Das Heimatmuseum ist geöffnet jeden Sonnabend und Sonntag von 14.00 bis 17.00 Uhr.

IECH KO GARNET RADIO HERN

Neies vun dr vugtländischen Meta

Als de Meta widder a mol spaziern gett, kimmt ihr alter Spezi, dr Paul entgeng un zieht e Gsicht wie verzehn Toch Rengwetter.

„Wos hoste denn“, frocht de Meta?

„Iech hosn satt! Obwohl iech bald nix mehr heern ka, kassiern se itze of aa mol 7 Euro Radiogebühr im Monat. Do bleim mr von dr grußspurisch versprochenen Rentenerhöhung grad noch ne Monat 15 Euro ibrich. Do darfir kaa iech ne Toch e Millichflasch voll Heizoel mehr verschiern, aber aa blus, wenn iech am Omd kaa Licht a mach, denn dr Strom is ja aa sindenkrach teier worn.“

Uns hamm se gelehrt, mr solln de alten Leit achtn nun ehrn, aber de scheinheilischen Großkopfeten im prei-Bischn Berlin sei ner um de Reichn besorscht, un hae dennen alles nei ne Rachen. Un uns verkohl'n un bescheiß'n se ner“.

„Host racht, Paul“, sacht de Meta, „S werd Zeit, des mer im Herbst des Glump abwehln, domits de Rentner un de annern arme Leit aa mol besser hamm“.

Dieter Riedler - Leubnitz



EIN STÄNDIGER TREFF DER GENERATIONEN

Erster Treff ist am Donnerstag, dem

25. April 2013 um 15.00 Uhr

im Klub der Volkssolidarität in Plauen, Karlstraße 14.

Anliegen dieser Treffs wird es sein ein zwangloses Zusammenfinden von Jung und Alt, Frauen und Männer gemeinsame Freizeitgestaltung, wie Skaten, Schachspiele und ähnliches Austauschen von Gedanken, Erfahrungen und Berichten über Erlebnisse

Wir laden alle Interessierten herzlich ein. Ein jeglicher ist uns willkommen. Eine angenehme Gastronomie ist gewährleistet.

Heinz Discher / Dieter Kundler - AG Senioren Plauen

STAMMTISCH DER LINKEN

Am Donnerstag, dem 11. April 2013, findet in Plauen, Gaststätte „Kartoffelhaus“ in der Neundorfer Straße ein weiterer Stammtisch der LINKEN statt.

Zu Gast ist die Landtagsabgeordnete Kerstin Lauterbach. Sie debattiert mit den Teilnehmern über drohende Altersarmut in Sachsen und welche Konzepte die LINKE dagegen vorschlägt.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern des Vogtlandboten, die im April Geburtstag feiern können. Besondere Grüße an jene, welche einen „runden“ begehen oder über 80 Jahre jung werden:

Klaus Jäger, Plauen	01.04.
Harti Schmidt, Oelsnitz	02.04.
Joachim Möcke, Rebesgrün	11.04.
Werner Böttger, Plauen	13.04.
Gudrun Wagner, Plauen	13.04.
Carmen Schaller, Bad Elster	18.04.
Helga Kasten, Plauen	19.04.
Inge Bille, Plauen	21.04.
Willy Unger, Plauen	22.04.
Edeltraud Streit, Plauen	25.04.
Edith Matthes, Bad Elster	25.04.
J. Gruschwitz, Reichenbach	26.04.
Roland Müller, Plauen	30.04.

Wir wünschen allen viel Gesundheit, Glück, Freude und bequeme Schuhe!

Der Vogtlandbote

SCHUH DES MONATS



© Alexandra H. / pixelio.de

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Sparkasse Vogtland, BLZ 87058000, Konto-Nr. 3552002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22.03.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 12.04.2013. Die nächste Ausgabe erscheint am 01. Mai 2013. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.